

JÜRGEN HOFMANN

Erinnerung contra Selbstentschuldung

Zu Beginn des Jahres war in der Wochenzeitung »Die Zeit« zu lesen, der deutsche Interpretationsstreit um Auschwitz und die Bewertung des Jahres 1945 sei entschieden. Richard von Weizsäcker und Jürgen Habermas, der Bundespräsident und der Philosoph, hätten gegen Ernst Nolte und Martin Walser, den Historiker und den Dichter, ob-siegt. Konsens sei heute: »Auschwitz war ein singuläres, ein deutsches Verbrechen; Deutschland wurde befreit ...«¹ Inzwischen dürfte im Vorfeld des Gedenkens an den 8. Mai 1945 klar geworden sein, dass diese Einschätzung etwas zu optimistisch war. Sicher hat die Aufforderung Richard von Weizsäckers aus dem Jahre 1985, den Mai 1945 auch als Befreiung zu begreifen, eine größere Anhänger-schaft in der Gesellschaft der Bundesrepublik gefunden. Auch die Bereitschaft, die Verantwortung für Auschwitz anzunehmen, ist deutlich gewachsen. Doch ob sich die »richtige Interpretation der Geschichte« tatsächlich schon durchgesetzt hat, muss bezweifelt werden.

Es sind keineswegs nur Anhänger der NPD, die »Schluss mit dem Schuldkult« machen wollen. Auch Mandatsträger großer Parteien stören sich an dem von Weizsäcker und Habermas eingeforderten klaren Bekenntnis. Sie möchten »die seit Jahren vorherrschenden Denkmuster der Belehrung, der Fokussierung auf Auschwitz als Erinnerungsreligion ... überwinden«. Unverhohlen wird über die of-fizielle »politisch korrekte« Gedächtnispolitik« geklagt.² Der Ruf nach einer neuen Gesamtschau ist der Ruf nach Relativierung der Verantwortung, die sich aus der deutschen Geschichte zwischen 1933 und 1945 ergibt. Wer deutsche Opfer gegen deutsche Verbrechen aufrechnet, will nicht mehr historische Wahrheit, er will viel-mehr die Sicht auf Ursache und Wirkung verschleiern. Die Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiter und die Empörung über die Wehrmachtsausstellung in den letzten Jahren zeigen, dass der Wunsch nach Relativierung und Entlastung der Erinnerung keines-wegs nur ein Anliegen politischer Einzelgänger ist.

Schützenhilfe erhalten solche Kräfte von einflussreichen Vertre-tern der Zeitgeschichtsschreibung, die die Interpretation des 8. Mai 1945 als »Tag der Befreiung und des Sieges« den »Lügen und Le-genden sowjetischer Geschichtspropaganda« zuordnen. Der Zusammenbruch des Ostblocks habe »den Weg zu neuen Perspektiven und Bewertungen der Geschichtsschreibung eröffnet«. Aus diesem ge-schichtsrevisionistischen Blickwinkel bildet erst das »Verschwinden der Sowjetunion und ihres Imperiums ... den logischen Schluss-

Jürgen Hofmann – Jg. 1943, Historiker, Berlin, Prof. Dr. sc. phil.; Arbeitsgebiete: Geschichte Preußens, deutsche Zeitgeschichte, Landes- und Regional-geschichte; Sprecher der Historischen Kommission der PDS.

1 Bernd Ulrich: Nie wieder. Immer wieder. Wen die Be-schäftigung mit Auschwitz nicht mehr verstört, macht etwas falsch, in: Die Zeit, Nr. 5, 27. 1. 2005, S. 1.

2 Rede des Bezirksbürger-meisters Steglitz-Zehlendorf von Berlin zum Volkstrauer-tag 2004. Zitiert in: Berliner Zeitung, 24./25. 3. 2005, S. 21.

punkt des Zweiten Weltkrieges«.³ Dem Kalten Krieg fällt die Funktion eines Nachspiels des Zweiten Weltkrieges zu und der Mai 1945 wird zur Zwischenetappe einer Entwicklung, die erst 1989/90 vollendet werden konnte. Unverkennbar bei diesen Neuinterpretationen ist die Ausrichtung an jener Spielart der Totalitarismus-Theorie, die auf die Gleichsetzung von faschistischer und kommunistischer Diktatur zielt.

In den Trend der Neuinterpretation, das heißt des Geschichtsrevisionismus, ordnet sich die mediale Inszenierung ein, die Guido Knopp für das Fernsehen und den Buchmarkt zum Kriegsende bereit hält. Absichtsvoll werden die Ereignisse im Westen und Osten separiert. So können die letzten Tage und Wochen des Krieges im Westen Deutschlands mit dem Titel »Befreiung« geadelt und die in Deutschlands Osten unter den Stichworten »Vertreibung« und »Sturm« abgewertet werden. Die Botschaft ist eindeutig.⁴ Schon die Autoren des »Schwarzbuches des Kommunismus« machten die Unterscheidung zwischen »zwei sehr unterschiedliche Arten« der Befreiung Europas zu einem ihrer Leitgedanken. Während die eine im Westen zur Wiederherstellung der Demokratie führte, habe die im Osten die Einsetzung neuer Diktaturen ermöglicht.⁵

Die retrospektive Selbstgerechtigkeit, mit der der Mai 1945 aus dem Blickwinkel des Ausgangs der Systemauseinandersetzung am Ende des Jahrhunderts interpretiert wird, hat wenig mit der historischen Situation und den Ängsten, Sorgen und Hoffnungen der Menschen in jener Zeit gemein.

Als in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst Vertreter des Oberkommandos der Wehrmacht vor den Vertretern der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition die offizielle Urkunde über die bedingungslose Kapitulation unterzeichnen mussten, atmeten die Völker Europas auf. Für sie war ein Krieg zu Ende, dessen Ausmaße, Zerstörungen und Opfer alles bis dahin Gekannte übertraf. Die totale Niederlage des faschistischen Deutschland besiegelte das Ende eines totalen Krieges, dessen Drahtziehern die deutsche Bevölkerung in ihrer Mehrheit lange zugejubelt und buchstäblich bis fünf Minuten nach zwölf Gefolgschaft geleistet hatte. Durch den Sieg der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus und seine Vasallen wurde ein verbrecherisches System niedergedrungen, dessen Weltherrschaftspläne und Herrschaftspraxis sowie Rassenwahn die menschliche Zivilisation generell in Frage gestellt hatten. Es war nicht schlechthin ein Krieg zu Ende gegangen. Eine existenzielle Bedrohung war abgewendet worden. In das kollektive Bewusstsein der Völker Europas haben sich diese Tage deshalb als Tage des Sieges und der Befreiung eingepreßt.

Der Krieg war 1945 an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Hier in Berlin waren mit der »Machtergreifung« im Januar 1933 die Weichen für die »Neuordnung Europas« gestellt worden. Von hier aus wollte sich ein »Tausendjähriges Reich« über die versklavten Völker erheben. Dem Terror nach innen folgte der Terror nach außen. Die Revision des Versailler Vertrages war das Vorspiel zur Eroberung von »Lebensraum« und Rohstoffquellen, die den planmäßigen Völkermord einschloss. In Berlin befanden sich die Kommandozentralen des verbrecherischen NS-Regimes. Hier fielen die Entscheidun-

3 Rolf-Dieter Müller: Der Zweite Weltkrieg 1939-1945 (Gebhard: Handbuch der deutschen Geschichte, 10., völlig neu bearb. Aufl., Bd. 21), Stuttgart 2004, S. 384 f.

4 Siehe Guido Knopp: Die Befreiung. Kriegsende im Westen, Berlin 2004; Ders.: Der Sturm. Kriegsende im Osten, Berlin 2004.

5 Stéphane Courtois, Nicolas Werth u. a.: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückte Verbrechen und Terror, München 1998, S. 35.

6 Zur Rolle der NSDAP und ihrer Gliederungen während des zweiten Weltkrieges siehe Kurt Pätzold, Manfred Weißbecker: Geschichte der NSDAP 1920-1945, Köln 1998, S. 361 ff.

7 Die in der Literatur verbreitete Zahl von 50 Millionen Toten des Zweiten Weltkrieges muss vor dem Hintergrund neuer Recherchen korrigiert werden.

gen für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, für den »Fall Barbarossa« und den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion sowie zur »Endlösung der Judenfrage«.⁶

Der Sieg der Anti-Hitler-Koalition beendete den Zweiten Weltkrieg in Europa. Während hier die Waffen schwiegen, hielten die verlustreichen Kämpfe zwischen Japan und den USA mit ihren Verbündeten im asiatisch-pazifischen Raum an. Der Achsen-Verbündete des »Dritten Reiches« wollte an seinen Eroberungen festhalten. Seine Militärs wähten sich auf der koreanischen Halbinsel, dem chinesischen Festland und in Indochina noch fest im Sattel. Statt zu kapitulieren, sollte eher die eigene Bevölkerung geopfert werden. Der auf Wunsch der USA erfolgte Eintritt der Sowjetunion in die Kampfhandlungen veränderte die Situation. Mit drei Heeresgruppen zwang diese in wenigen Tagen die Kwantung-Armee zur Aufgabe. Für den Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki gab es keine zwingende militärische Notwendigkeit. Mit der bedingungslosen Kapitulation Japans am 2. September 1945 wurde das Ende des Weltkrieges besiegelt.

Die Bilanz des Zweiten Weltkrieges überfordert auch nach sechzig Jahren das menschliche Vorstellungsvermögen. Sie bleibt eine Bilanz des Schreckens und damit dauerhafte Mahnung an die Nachgeborenen und an die Politik. In den sechs Kriegsjahren von 1939 bis 1945 standen etwa 110 Millionen Soldaten unter Waffen. Nach neueren Berechnungen starben mehr als 60 Millionen Menschen bei Kampfhandlungen, durch Repressalien, Massenvernichtungsaktionen und Kriegseinwirkungen.⁷ Von den 18 Millionen Menschen, die das NS-Regime in Konzentrationslager verbrachte, wurden 11 Millionen ermordet oder durch Arbeit vernichtet. Unfassbar der industrielle Massenmord an 6 Millionen europäischen Juden, die – wie auch Sinti und Roma – dem Rassengenozid zum Opfer fielen. In Deutschland mussten fast 8 Millionen und in Japan über 2 Millionen Menschen aus den eroberten Ländern Zwangsarbeit leisten. Mit über 27 Millionen Menschen hatte die Sowjetunion die mit Abstand größten Verluste zu beklagen. China zahlte mit 15 Millionen, Polen mit 6 Millionen, Jugoslawien mit 1,7 Millionen, Frankreich mit ca. 800 000, die USA und Großbritannien mit jeweils 400 000 und Italien mit 300 000 Toten ebenfalls einen hohen Blutzoll. Das »Dritte Reich« verheizte für größtenwahnsinnige Weltherrschaftspläne allein an den Fronten 6 Millionen deutsche Staatsbürger. Die unermesslichen materiellen Schäden, die Zerstörungen der Natur und deren Langzeitfolgen entziehen sich exakten Berechnungen.

Noch nie zuvor in der Geschichte waren derart gigantische mörderische Energien auf Schlachtfeldern und im Hinterland mobilisiert worden. Die bis dahin übliche Differenzierung zwischen militärischen Kombattanten und nichtkämpfender Zivilbevölkerung sowie die Grenzen zwischen Front und Hinterland waren aufgehoben. Provoziert und praktiziert von der deutschen Kriegführung entartete der Weltkrieg zum »totalen Krieg«. Diesen Charakter hatte er bereits angenommen, bevor Goebbels am 18. Februar 1943 im Berliner Sportpalast unter dem frenetischen Beifall fanatisierter Anhänger, den Übergang zum »totalen Krieg« verkündete.

Zum fatalen Erbe des Zweiten Weltkrieges zählt die Atomwaffe. Die USA setzten diese neuartige Massenvernichtungswaffe noch

kurz vor Kriegsende ein und eröffneten damit eine verhängnisvolle Entwicklung. Im Rahmen des Rüstungswettlaufes der Nachkriegszeit steigerte sich das verfügbare Vernichtungspotenzial zur Möglichkeit des atomaren Overkill. Diese Gefahr ist auch nach dem Ende der Blockkonfrontation keineswegs gebannt. Das Krebsgeschwür nuklear-technischer und computergestützter Waffensysteme bleibt eine Bedrohung menschlicher Existenz.

Der Sieg über den deutschen Faschismus und die Befreiung Europas waren eine Leistung aller Verbündeten in der Anti-Hitler-Koalition. Sie kann und sollte deshalb auch nicht einseitig vereinnahmt werden. Die von der Blockkonfrontation geprägten Erinnerungsmuster, die vorwiegend auf die jeweils eigene Leistung ausgerichtet waren, sind auch nach 15 Jahren noch nicht überwunden. Die Feiern zum 60. Jahrestag der Landung der alliierten Streitkräfte in der Normandie im Juni 2004 lassen eher vermuten, dass ein neues Ungleichgewicht der Erinnerung befestigt werden soll. Dem entgegen ist jedoch festzuhalten: Nur in einer gemeinsamen Anstrengung konnte die menschliche Zivilisation vor einem Terrorregime gerettet werden, das vor keinem Verbrechen zurückschreckte. Diese Bedrohung führte Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und Menschen unterschiedlichster Weltanschauung und politischer Orientierung zusammen. Die Lieferungen von Waren, Waffen und Ausrüstungen halfen der Sowjetunion, dem Druck des hochgerüsteten Aggressors standzuhalten. Die langerwartete zweite Front verkürzte die letzte Phase des Krieges in Europa erheblich. An der Seite der Streitkräfte der Anti-Hitler-Koalition kämpften Partisanen und Widerstandskämpfer in allen okkupierten Gebieten für die Freiheit ihrer Heimatländer. An der abschließenden Berliner Operation nahmen auch polnische Soldaten teil. Mit dem Überfall auf ihre Heimat hatte der Zweite Weltkrieg begonnen. Deutsche Antifaschisten reiheten sich ebenfalls in die Armeen der Anti-Hitler-Koalition und in die Partisanen- und Widerstandsgruppen ein. Nicht vergessen werden dürfen die mutigen Frauen und Männer, die aus den unterschiedlichsten Motiven unter ständiger Lebensgefahr in Deutschland selbst Widerstand gegen das NS-Regime leisteten. Obwohl sie eine verschwindende Minderheit blieben, hielten sie mit ihrem persönlichen Einsatz die Hoffnungen auf das andere Deutschland aufrecht.

Die Hauptlast im Kampf gegen Nazi-Deutschland trug die Sowjetunion. Sie hatte den entscheidenden Anteil am Sieg. Die Ostfront war die Hauptfront des Zweiten Weltkrieges. Das wurde von den westlichen Verbündeten der UdSSR unter dem Eindruck der Ereignisse auch wiederholt gewürdigt. Erst in den Jahren des Kalten Krieges geriet der Anteil des ehemaligen Verbündeten und neuen potenziellen militärischen Kontrahenten in den USA und in Westeuropa gewollt in Vergessenheit. Vierzig Jahre später war die sowjetisch-deutsche Front bereits der »unbekannte Krieg«, der Stoff für eine historische Dokumentation bot. Interessanterweise wurde die Bevölkerung der alten Bundesrepublik damals nur mit einer stark gekürzten Fassung der US-amerikanischen Produktion vertraut gemacht. Insgesamt 1 418 Tage und Nächte währten die militärischen Auseinandersetzungen der Sowjetunion mit dem deutschen Aggressor. Lange bevor endlich die zweite Front eröffnet wurde, hatten

8 Siehe Valentin Falin: Zweite Front. Die Interessenkonflikte der Anti-Hitler-Koalition, München 1995, S. 495.

9 Siehe u. a. Gerhard Schreiber: Der zweite Weltkrieg, München 2002; Gerhard Förster, Heinz Helmert, Helmut Schnitter: Der zweite Weltkrieg. Militärhistorischer Abriss, Berlin 1989; Stefan Doernberg: Moskau-Seelow-Berlin. Heimkehr eines Deutschen nach Deutschland 1945 (Seelower Hefte; 3), Manschnow 2001. Die Angaben zu den sowjetischen Kriegsverlusten sind nicht einheitlich, abhängig davon, ob zeitgenössische Angaben oder spätere Analysen des sowjetischen Generalstabes zu Grunde gelegt werden. Die frühere Angabe von 25 Millionen Kriegstoten gilt als überholt.

10 Das Potsdamer Abkommen. Dokumentensammlung, Berlin 1975, S. 218 f.

sowjetische Soldaten den Feind vor Moskau gestoppt, in Stalingrad die Wende des Krieges erzwungen und im Kursker Bogen die größte Panzerschlacht des Zweiten Weltkrieges für sich entschieden. Die sowjetischen Streitkräfte zerschlugen 607 deutsche sowie mit Deutschland verbündete Divisionen. Drei Viertel seiner Kriegsverluste erlitt das Dritte Reich an der Ostfront.⁸

Der Preis für diese Leistung war hoch. Zwischen 8 und 11 Millionen sowjetische Soldaten ließen dafür an der Front ihr Leben. Vier Millionen sowjetische Kriegsgefangene überlebten die deutschen Lager nicht. Mehr als 13 Millionen Zivilpersonen wurden getötet oder starben unter den unmittelbaren Kriegseinwirkungen. Belorussland verlor ein Viertel seiner Einwohner. In Städten wie Leningrad, Smolensk oder Pskow überlebten ein Drittel der Einwohner die Kampfhandlungen nicht. In Stalingrad lebte nach der mörderischen Schlacht nur noch etwa jeder zehnte der dort verbliebenen Einwohner. Der deutsche Aggressor hinterließ eine Spur der Verwüstung: 1 710 Städte und 70 000 Dörfer, 31 800 Industriebetriebe, 13 000 Brücken und 65 000 Kilometer Eisenbahnnetz zerstört, gesprengt oder niedergebrannt. Diese Bilder hatten sowjetische Soldaten vor Augen, als sie die Grenze des Deutschen Reiches überschritten. Auf ein Drittel wird der Verlust an materiellem Vermögen der Sowjetunion geschätzt.⁹

»Nie wieder Faschismus und Krieg«, lautete die Botschaft, die sich 1945 aus bitterer Erfahrung ergab und die auch in Deutschland breiten Widerhall fand. Das schloss die Frage nach Verantwortung und Schuld, insbesondere nach den Verantwortlichen und den Profiteuren des Krieges und des NS-Systems ein. Es war deshalb nicht verwunderlich, dass sich die Blicke auf jene Kreise aus Industrie und Grundbesitz richteten, die den Machtantritt der Nazis zumindest wohlwollend geduldet, wenn nicht gefördert, jedenfalls aber von deren Eroberungs- und Vernichtungspolitik profitiert hatten. Diese antikapitalistische Stoßrichtung des Antifaschismus war in den Erfahrungen seit den beginnenden dreißiger Jahren begründet. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges verständigten sich in Potsdam im Sommer 1945 nicht von ungefähr auf die Ausrottung des »deutschen Militarismus und Nazismus« sowie die »Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen«.¹⁰ Neben den Naziführern saßen auf der Anklagebank in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen auch Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft und Staatsbeamte. Die Sanktionen der Siegermächte sollten sicherstellen, dass von deutschem Boden nie wieder eine Gefahr für Europa und die Welt ausgehen kann. Diese völkerrechtliche Verpflichtung darf nicht in Vergessenheit geraten.

Als Konsequenz aus den Lehren des Zweiten Weltkrieges wurde die Organisation der Vereinten Nationen geschaffen. Sie trat faktisch das Erbe der Anti-Hitler-Koalition an. Am 25. April 1945, dem Tag, an dem sich amerikanische und sowjetische Verbände an der Elbe bei Torgau trafen, begannen in San Francisco die Verhandlungen, die am 26. Juni 1945 in die Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen mündeten. Die Charta fixierte Grundsätze der Staatenbeziehungen und des internationalen Rechts. Vertreter von 55 Staaten

unterschrieben damals das Regelwerk der Vereinten Nationen, das den Verzicht auf militärische Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen fordert und Kriege nur zum Zwecke der Verteidigung eines Staates gegen eine Aggression und mit Billigung der Staatengemeinschaft rechtfertigt. An die UN-Gründung knüpfte sich die Hoffnung, einer erneuten Bedrohung des Weltfriedens und der menschlichen Zivilisation mit vereinten Kräften erfolgreich entgegenzutreten zu können. Obwohl die in der Anti-Hitler-Koalition vereinbarte und praktizierte Zusammenarbeit bereits wenige Jahre nach dem Sieg vom Kalten Krieg, der Systemkonfrontation und militärischer Blockbildung überschattet wurde, konnte die UNO ihrer friedenssichernden Aufgabe viele Jahrzehnte hindurch im Wesentlichen gerecht werden. Seit dem Ende der Blockkonfrontation ist jedoch die UN-Charta wiederholt vorsätzlich verletzt worden. Es läuft dem Gründungskonsens der Organisation der Vereinten Nationen zuwider, wenn in jüngster Zeit Einzelmitglieder für sich die Entscheidung über Krieg und Frieden reklamieren, die 1945 aus schmerzlicher Erfahrung in die Hände eines internationalen Gremiums gelegt und einem strengen Regelwerk unterworfen wurden. Die Diskussion um eine Reform der Vereinten Nationen muss deshalb vor allem die Frage beantworten, wie diese Kernkompetenz – die Entscheidung über den Einsatz militärischer Gewalt – auch in Zukunft gesichert und durchgesetzt werden kann.

Der Ausgang des Zweiten Weltkrieges hatte die Welt verändert. Die Sowjetunion war trotz ihrer enormen menschlichen und materiellen Verluste gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hervorgegangen. Sie hatte an Ansehen, Einfluss und militärpolitischer Kraft gewonnen und war eine von allen zu respektierende Größe der Weltpolitik geworden. In Asien erstarkten die antikolonialen Befreiungsbewegungen und setzten erste Zeichen für den sich anbahnenden weltweiten Zusammenbruch des Kolonialsystems. In Europa hatte sich die Arbeiterbewegung mit ihrem überragenden Anteil am antifaschistischen Widerstand Einfluss auf die Gestaltung der Nachkriegsordnung verschafft. In den meisten europäischen Ländern waren ihre Vertreter an der Regierung beteiligt. Gewerkschaften und Parteien strebten nach stärkerer Zusammenarbeit bisher getrennter Flügel, um politische Gefahrensituationen künftig besser abwenden zu können. Der Ruf nach Einheit war allgemein verbreitet. Er ergab sich aus den bitteren Erfahrungen mit dem Faschismus und beschränkte sich keineswegs auf den sowjetischen Einflussbereich. Internationale Organisationen und Zusammenschlüsse wie der Weltgewerkschaftsbund, der Weltbund der Demokratischen Jugend, die Internationale Frauenföderation entstanden noch in den ersten Nachkriegsmonaten. Es zeigte sich jedoch bald, dass organisatorische Vereinigungen kaum die Meinungsverschiedenheiten über Ziele und Wege überwinden konnten.

Angesichts der dramatischen Erfahrungen seit 1933 war nach 1945 eine einfache Rückkehr zur Vorkriegsordnung ausgeschlossen. Das politische und gesellschaftliche System der Zwischenkriegszeit, das Faschismus und Zweiten Weltkrieg hervorbrachte bzw. in der Abwehr der Bedrohung zunächst versagte, stand auf dem Prüfstand. »Zwei Weltkriege haben den Beweis erbracht, dass die zum Krieg

11 Michael Schneider: Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 453.

treibenden Kräfte in Deutschland in der Zusammenballung der Kapitalmächte ... und in dem Missbrauch ihrer wirtschaftlichen Vormachtstellung zu suchen ist«¹¹, hieß es unmissverständlich in der Entschließung der II. Interzonenkonferenz der Gewerkschaften vom Dezember 1946 in Hannover. Die Forderung nach gesellschaftlichen Veränderungen und die Chance ihrer Verwirklichung ergaben sich zwangsläufig aus dem Fazit der ersten Jahrhunderthälfte. Sie hatte bereits nach dem Ersten Weltkrieg in vielen Ländern auf der Tagesordnung gestanden. Es bedurfte nicht des Diktats einer Besatzungsmacht, um diese Fragen auf die Agenda zu setzen. In Westeuropa und Westdeutschland wurde mit der Stärkung der parlamentarischen Demokratie ein von den Westmächten vorgegebener Weg eingeschlagen, der jedoch die sozialökonomischen Quellen, aus denen der Faschismus geschöpft hatte, nicht antastete und großen Teilen der alten Eliten neue Karrieren eröffnete. In Osteuropa und Ostdeutschland wurden schon in der antifaschistisch-demokratischen Übergangsphase grundlegende gesellschaftliche Veränderungen eingeleitet. Mit der Übertragung des stalinistischen Gesellschaftsmodells und der kritiklosen Ausrichtung der marxistisch-leninistischen Parteien auf die KPdSU wurde jedoch in den Länder des sowjetischen Einflussbereiches die Chance vergeben, die dem anfangs verfochtenen Konzept eines demokratischen, von nationalen Besonderheiten bestimmten Weges zum Sozialismus innewohnte.

Während für die Frauen und Männer, die aus Zuchthäusern, Konzentrationslagern und aus der Emigration zurückkehrten, der Mai 1945 als Befreiung und Chance nie in Frage stand, sprachen traditionelle Eliten, die die Aufbaujahre der Bundesrepublik maßgeblich beeinflussten, von Zusammenbruch oder Kriegsende und beschworen die Fortexistenz des Deutschen Reiches. In der Deutschen Demokratischen Republik wurde der 8. Mai 1945 bereits kurz nach ihrer Gründung als Tag der Befreiung zum staatlichen Feiertag erhoben. In der Bundesrepublik Deutschland stieß noch 1985 die Aufforderung des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, den 8. Mai 1945 ungeachtet widersprüchlicher Erfahrungen auch als Tag der Befreiung zu begreifen, auf ein geteiltes Echo und sogar auf erbitterte Ablehnung. Bis heute halten die Versuche an, die Bedeutung dieses Tages unter Verweis auf deutsche Opfer zu relativieren. Erkenntnisse und Einsichten der kritischen Zeitgeschichtsforschung werden nach wie vor nur zögerlich angenommen. Das in Filmen und Erzählungen der fünfziger Jahre im Westen kultivierte Muster, das eine »anständige« Mehrheit der Deutschen und eine »unbescholtenene« Wehrmacht von den Verbrechen des NS-Regimes und seiner Spitzenfunktionäre abhob, wurde nur zu gern angenommen und verfehlte seine Wirkung nicht. Gefolgschaftstreue zu Hitler, massenhafte Loyalität im NS-Regime, Mitverantwortung und Verstrickung in die Verbrechen des Faschismus konnten so verdrängt werden.¹² Erst die Achtundsechziger stellten diesen Mythos ernsthaft in Frage.

Die Mechanismen der deutschen »Selbstentschuldung« wirken dennoch weiter.¹³ Eine bis heute gängige Methode, Schuld und Verantwortung für Faschismus und Weltkrieg zu verschleiern, ist, diese Schuld zu personalisieren. Die Floskel von »Hitlers Krieg« ist inzwischen in verschiedenen Variationen zum Thema ganzer Fernseh-

12 Hans-Ulrich Thamer: Der zweite Weltkrieg in der deutschen Erinnerungskultur, in: Stefan Martens, Maurice Vaisse: Frankreich und Deutschland im Krieg (Nov. 1942 bis Herbst 1944). Okkupation, Kollaboration, Résistance. Akten des deutsch-französischen Kolloquiums Paris 1999, Bonn 2000.

13 Siehe Norbert Frei: 1945 und wir. Das dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005.

serien und sie begleitender Publikationen geworden. Indem alles auf eine einzelne Person und ihr unmittelbares Umfeld projiziert wird, werden die Staatsbürokratie und die Kriegsgewinnler mit ihren unternehmerischen Interessen zu Statisten und Mitläufern der Ereignisse, die sie in Wahrheit gefördert, mitgetragen und mitgestaltet haben. Die Mehrheit der Deutschen erfährt als verführte Masse Absolution. Wer hätte sich auch der »Suggestion des Führers« entziehen sollen? Dass die Millionen Mitläufer über Jahre zugleich korrumpierte Nutznießer des Bösen waren und von Judenverfolgung und der Ausplünderung der besetzten Länder profitierten, gerät dabei oft aus dem Blick.¹⁴

Wie schwer sich die Gesellschaft der Bundesrepublik mit der Auseinandersetzung zu Faschismus und Krieg tat, offenbarte bereits die heftige Debatte um die Verjährungsfristen für NS-Verbrechen in den sechziger Jahren. Der Forderung nach schonungsloser Verfolgung und Aburteilung der Schuldigen stellte sich schon damals der Ruf nach einem »Schlussstrich« entgegen. Die Entscheidung des Bundestages, den Beginn der Verjährungsfrist auf den 31. 12. 1949 zu verlegen und damit auch in den folgenden Jahren eine Verfolgung und Verurteilung zu ermöglichen, fiel mit deutlicher Mehrheit. Ein anderes Votum hätte die Bundesrepublik wenige Jahre nach dem spektakulären Eichmann-Prozess in Israel international isoliert. Jeder fünfte Abgeordnete hatte dem entsprechenden Gesetz dennoch seine Zustimmung verweigert.

In Ostdeutschland verfügten die Antifaschisten über genug Einfluß, um viele Menschen zum Umdenken zu bewegen. Die Aufforderung, die antifaschistische Position einer Minderheit als gesellschaftlichen Grundkonsens zu übernehmen und sich bei den »Siegern der Geschichte« einzureihen, förderte einerseits die Integration, ermöglichte aber andererseits ebenfalls Verdrängung. Die besondere Verantwortung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Führungsgruppen des Deutschen Reiches für NS-Regime und Krieg und die daraus erwachsenden Konsequenzen blieben jedoch für die DDR konstituierend. Wenn einseitige Ausrichtungen sowie ritualisierte und erstarrte Formen der Erinnerung im Osten Deutschlands kritikbedürftig sind, ändert das nichts daran, dass die Würdigung des 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung die historischen Erfahrungen der Völker Europas adäquat widerspiegelt.

Im zerrütteten und zerstrittenen Russland, das unter seinem internationalen Bedeutungsverlust leidet, spielt der »Große Vaterländische Krieg« mit seiner Symbolkraft nach wie vor eine herausgehobene Rolle. Mit dem Zerfall der Sowjetunion waren einerseits überlieferte Deutungsmuster in Frage gestellt. Stereotype sowjetischer – vielfach auf Stalin zurückgehender – Siegesgeschichtsschreibung mussten überwunden bzw. kritisch geprüft werden. Neben dringend notwendigen Korrekturen hatten auch Spekulationen Konjunktur. Andererseits eröffnete sich die Möglichkeit, bisherige Tabuthemen zu erörtern und Voraussetzungen für eine realistische und quellengestützte Aufarbeitung zu schaffen. Der »Große Vaterländische Krieg« bleibt ein Schlüsselereignis des historischen und patriotischen Selbstverständnisses und wird unabhängig von divergierenden Urteilen im Detail und politischer Ausrichtung von den

14 Siehe dazu Götz Aly: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt a. M. 2005.

15 Ein Überblick über den Stand der Forschung und Diskussion in der Russischen Föderation findet sich bei Horst Schützler: *Der »Große Vaterländische« – Was für ein Krieg? Sichten und Einsichten in Russland und seiner Geschichtsschreibung*, hrsg. von Helle Panke e.V., Berlin 2004 (Pankower Vorträge, H. 67).

verschiedensten Gruppierungen in Anspruch genommen.¹⁵ Ein deutlicher Paradigmenwechsel im offiziellen Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg und seinen Ergebnissen ist hingegen in den ehemaligen baltischen Republiken, aber auch bei einigen ehemaligen »Bruderländern« zu verzeichnen. Die Offenbarungen über das lange geleugnete Geheimabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt und länger schwellende nationale Konflikte haben zu einer Distanzierung von der Sowjetunion geführt. Die Einverleibung in die Union der Sowjetrepubliken bzw. die Einordnung in ihren Machtbereich wird als Okkupation betrachtet, die eine Bewertung der Ereignisse von 1944/45 als Befreiung ausschließen. Demgegenüber treten die deutsche Besatzung und deren »Umvolkungspläne« für Osteuropa in den Hintergrund. Der eigene Anteil an faschistischen Verbrechen – wie etwa an der Liquidierung der jüdischen Bevölkerung – sind nur selten Thema kritischer Rückschau.

Selbstverständlich sind die Erfahrungen mit Geschichte an das Individuum gebunden und damit zunächst individuell. Nicht selten decken sie sich nicht mit der objektiven Bedeutung des jeweiligen Ereignisses. Erst aus dem gesellschaftlichen Diskurs schälen sich die Erfahrungen und Einsichten heraus, die den Konsens der kollektiven Erfahrung ausmachen. Für viele Deutsche verband sich das Kriegsende zunächst mit dem Gefühl der Niederlage. Sie erlebten deshalb diese Zeit als Lebenskatastrophe. Übergriffe, eine rigide Besatzungspolitik und der Verlust der Heimat, von dem schätzungsweise 12 Millionen betroffen waren, bestärkten sie darin. Dennoch wurden auch die Deutschen befreit, unabhängig davon, wie sie die Ereignisse in jenen Tagen erlebten und bewerteten. Sie wurden befreit von den Schrecken des Krieges. Sie konnten aufatmen. Sie hatten überlebt. Sie wurden befreit von der Rolle, die sie als Gefolgschaft eines mörderischen Regimes gespielt hatten. Sie wurden befreit von der Möglichkeit einer schandbaren Perspektive als Sklavenhalter Europas. Deutschland, das »Volk der Dichter und Denker«, hatte sich selbst als »Volk der Mörder und Henker« diskreditiert. Nach dem 8. Mai 1945 hatte Deutschland wieder eine Zukunft.

Wem es gegenwärtig und künftig ernst ist mit der Abwehr der neonazistischen Gefahr und mit der Zurückdrängung des Rechtsextremismus, der muss sich auch gegen den mehr und mehr um sich greifenden Geschichtsrevisionismus wenden. Wer »Schluss mit dem Schuldskult« ruft, will historische Erfahrung vergessen machen und Verantwortung leugnen. In einer Situation, in der nur noch wenige Vertreter der Zeitzeugengeneration leben und die Kriegskindergeneration bereits von den Nachgeborenen abgelöst wird, ist es um so wichtiger, welche Aussagen und Einsichten die Erinnerungskultur über den Mai 1945 prägen. Eine deutsche Demokratie, die sich nicht eindeutig zu ihren antifaschistischen Ursprüngen bekennt, gibt sich selbst auf. Es liegt an uns selbst, welcher Sinn dem historischen Datum 8. Mai 1945 verliehen wird.